

Plenum aktuell

Plenarsitzungen

5. und 6. Oktober 2015

Initiativen und Positionen
(Stand 5.10.2015)

Haushaltsentwurf 2016

Neuer Etat, neue Schulden. Der rot-grüne Regierungsentwurf für den Haushalt 2016 setzt trotz Mehreinnahmen von über 700 Mio. Euro die Schuldenpolitik der vergangenen Jahre fort. Die Chance, die historisch günstigen Rahmenbedingungen auszunutzen und auf eine Neuverschuldung zu verzichten, lässt die Landesregierung verstreichen. Stattdessen wird diese Aufgabe kommenden Generationen aufgebürdet.

Während die Mehrheit der anderen deutschen Bundesländer Schulden tilgt oder auf neue Schulden verzichtet, plant Rot-Grün in Rheinland-Pfalz, **408 Mio. neue Schulden** aufzunehmen. Dagegen hält sich die Sparpolitik der Landesregierung in bescheidenem Rahmen: 14 Mio. von 16 Mrd. will die Landesregierung weniger ausgeben. Das sind gerade einmal **0,08 Prozent**. Nicht die Einnahmen sind das Problem, sondern die Ausgaben.

Zum Vergleich: Im Jahr 2016 kommen **sieben deutsche Flächenländer ohne Neuverschuldung** aus. Drei Bundesländern gelingt es sogar, Altschulden zu tilgen. Dagegen leistet sich Rheinland-Pfalz eine der **höchsten Nettoneuverschuldungen**.

„Ministerpräsidentin Dreyer setzt die Schuldenpolitik der früheren Landesregierungen konsequent fort“, kritisiert CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner. „Man

sieht einen roten Faden und der geht nicht in Richtung sparen, sondern verschulden. Die SPD stellt seit knapp 25 Jahren den Finanzminister. In dieser Zeit ist der rheinland-pfälzische Schuldenberg auf rund 38 Mrd. Euro gewachsen inklusive Nebenhaushalten.“

Die Zahlen:

2015 hat Rheinland-Pfalz Schulden von rund **38,3 Mrd. Euro (inkl. Nebenhaushalten)**. Auf jeden **Einwohner** kommen **9.626 Euro**. Zum Vergleich: **1991** hatte Rheinland-Pfalz noch Schulden von rund **11 Mrd. Euro**, also **2.953 Euro** je Einwohner. Das bedeutet eine **Schuldenzunahme von 6.673 Euro pro Kopf** und **Platz 2** im Vergleich der Flächenländer West. **Seit 1991** – dem ersten Jahr unter Führung der SPD – haben sich die Schulden des Landes mehr als **verdreifacht**.

2015 hat das Land Kredite in Höhe von **netto 318 Euro** je Einwohner aufgenommen. Das macht **Platz 2** aller Flächenländer. Für **2016** erwarten wir **122 Euro** Nettokreditaufnahme pro Kopf. Nur noch das Saarland nimmt mehr Schulden auf.

Rheinland-Pfalz wird nach Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen **2016** Steuereinnahmen von **2.952 Euro je Einwohner 2015** haben. Der Durchschnitt der Flächenländer West liegt bei 2.934 Euro. Die viel zu hohe Verschuldung des Landes

Rheinland-Pfalz ist also keinesfalls mit geringeren Steuereinnahmen des Landeshaushaltes zu erklären oder zu entschuldigen. In Rheinland-Pfalz beträgt der **Anteil der Zinszahlungen an den Steuereinnahmen** in diesem Jahr **9,3 Prozent**. Damit liegt das Land auf **Platz 2** unter den Flächenländern.

Zum Vergleich: Die **Durchschnittsquote** der Flächenländer liegt bei **5,8 Prozent**, Bayern liegt lediglich bei **2,3 Prozent**.

Fragwürdiger Umgang mit Vermögen

2015 liegt das **Landesvermögen** bei rund **15,6 Mrd.** Euro. Im Verhältnis dazu liegen die Schulden bei 38,5 Mrd. Euro. Nach kaufmännischen Gesichtspunkten könnte man Rheinland-Pfalz deshalb als überschuldet bezeichnen.

Ein Beispiel: Der Gesamtzustand des Landesstraßennetzes in Rheinland-Pfalz wird zu über 50 Prozent als sehr schlecht und schlecht eingestuft. Für die **Landesstraßen** hat der Rechnungshof in seiner jüngsten Stellungnahme eine Summe von **1 Mrd. Euro** genannt, um die Landesstraßen durchwegs in einen guten Zustand zu versetzen. Mit Blick auf den für die Landesstraßen zuständigen Landesbetrieb Mobilität (LBM) trifft die Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion eine bemerkenswerte Feststellung:

„Das ausgewiesene Kapital steht zu den Bankverbindlichkeiten zum 31.12.2013 im Verhältnis 1,18 zu 1, zum 31.12.2014 im Verhältnis 1,04 zu 1 und voraussichtlich zum 31.12.2015 im Verhältnis 0,93 zu 1.“

Für 2016 soll der LBM weitere 82 Mio. Euro Kredite aufnehmen. Der Wirtschaftsplan des LBM sieht **ein negatives Finanzergebnis von 208 Mio. Euro** nach Investitionen vor. Wir fragen uns: Wie soll am Ende 2016 das Verhältnis der Bankverbindlichkeiten zum

ausgewiesenen Eigenkapital aussehen? Das kann nur die **Insolvenz** bedeuten.

Deshalb fordern wir: **Die Finanzierung des Landestraßenbaus und des LBMs muss auf eine neue Grundlage gestellt werden.**

Rot-Grüne Finanzpolitik belastet kommende Generationen

Die künftigen Haushalte werden durch eine Reihe von Rechtsverpflichtungen des Landes vorbelastet sein. Diese Vorbelastungen schränken spätere Gestaltungsmöglichkeiten erheblich ein.

Wichtige Faktoren der Vorbelastungen sind:

- **Zinsen für aufgenommene Kredite** am Kreditmarkt.
- **Belastungen aus den Finanztransaktionen** zwischen 2005 und 2008 (Briefkastenfirma) von jährlich über 100 Mio. Euro
- **Beamtenversorgung:** Für die kommenden Jahre wird hier die Belastung jährlich um 89 Mio. steigen.
- **Flüchtlingsintegration:** Niemand kann hier heute eine genaue Zahl nennen. Fest steht aber: Die dauerhafte schulische, berufliche, soziale und kulturelle Integration der vielen Menschen, die zu uns kommen und bei uns bleiben werden, wird über viele Jahre enorme finanzielle Anstrengungen erfordern. Die Landesregierung ist bereits seit einem halben Jahr mit der Aufstellung des Haushalts befasst. Die aktuellen Entwicklungen schlagen sich darin aber nicht darin nieder.



Fehlende Transparenz bei Darstellung der Mehreinnahmen

Zwischen den Angaben der Landesregierung zu den Eckwerten des Haushaltsentwurfes 2016 bei der Pressekonferenz am 15.09.15 und dem vollständigen Haushaltsentwurf liegen bemerkenswerte Diskrepanzen. **Mehreinnahmen wurden verschwiegen** und Ausgaben nicht nachvollziehbar dargestellt:

- **Einnahmen aus der Auflösung der Stiftung Innovation**

Bei der Pressekonferenz wurde hierfür eine Einnahme von **60 Mio. Euro** kommuniziert.

In der schriftlichen Vorlage heißt es: „Durch die vollständige Auflösung der Stiftung Rheinland-Pfalz für Innovation“ fließen dem Haushalt im Bereich der sonstigen Einnahmen rund 60 Mio. Euro mehr zu als in der letzten Finanzplanung angenommen. Damals war eine über die Jahre **2016 bis 2018 verteilte Auflösung** von jeweils 30 Mio. Euro unterstellt.“

Im noch geltenden **Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2018** ist aber von der Stiftung Innovation an **keiner Stelle die Rede**.

Die Darstellung der Landesregierung ist deshalb **irreführend und nicht nachvollziehbar**. Tatsächlich werden rund **90 Mio. Euro** als Einnahmen veranschlagt und nicht ca. 60 Mio.

- **Einnahmen aus der Versorgungsrücklage (gen. „Kanter-Rücklage“)**

Die Mehreinnahme gegenüber 2015 beträgt 40 Mio. Euro. Das hat die Landesregierung bei der Pressekonferenz verschwiegen.

- **Einnahmen aus der Gewinnabführung des LBB**

Es gibt eine zusätzliche nichtsteuerli-

che Mehreinnahme gegenüber 2015, die die Landesregierung am 15.09. verschwiegen hat, nämlich eine „Gewinnabführung des LBB“ von **12,8 Mio. Euro**. Berücksichtigt man diese drei Punkte, kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis der Einnahmesituation. Die **Summe der Mehreinnahmen** liegt nun bei rund **144 Mio. Euro**. **Das ergibt ein anderes Bild der großen Chancen zum Abbau der Neuverschuldung in 2016:**

Steuermehreinnahmen

461 Mio.

Nichtsteuerliche Mehreinnahmen

144 Mio.

Weniger Zinszahlungen

99 Mio.

Summe neu verfügbare Masse:

704 Mio.

Unsere Forderungen an die Landesregierung

1. Einen **ausgeglichenen Haushalt** erreichen und seine Schulden tilgen.
2. Für seine Ausgaben ganz **strikte Prioritäten** setzen.
3. Für mehr Autonomie, Selbstverantwortung und Gestaltungskraft der Länder bei der **Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen** streiten.
4. **Seine Wirtschaftskraft mit** mehr Wertschöpfung und mit mehr Arbeitsplätzen im Land **stärken** und an den Durchschnitt Westdeutschlands heranführen. Das gilt für alle Bereiche: von Bildung und Hochschule über Infrastruktur, Landesentwicklungsplanung und Wirtschaftsförderung.

Große Anfrage

Flüchtlinge Mehr Schutz für weibliche Flüchtlinge

Wir wissen wenig über die Geschichte der Frauen und Mädchen, die zu uns kommen. Gerade sie aber haben auf ihrer langen Flucht oft traumatische Erfahrungen gemacht. Arbeitsausbeutung oder Zwangsprostitution sind nicht selten der „Preis“, um die Flucht zu überleben. Auch nach ihrer Ankunft in Deutschland sind viele Frauen nicht sicher. Es häufen sich Berichte, wonach in Asylbewerberheimen vor allem alleinstehende Frauen oft **Gewalt und sexueller Belästigung** ausgesetzt sind. Es fehlt an Rückzugsmöglichkeiten und getrennten Räumlichkeiten.

Daten fehlen

Über das Ausmaß von Gewalt gegen Flüchtlingsfrauen gibt es bisher keine verlässlichen Daten. Die meisten Frauen, die Opfer von Gewalt werden, verschweigen ihr Leid. Die CDU-Fraktion hat bereits im März eine Große Anfrage gestellt, um mehr über die Lage weiblicher Asylsuchender zu erfahren. Wir wollten u.a. wissen:

1. Wie groß ist der Anteil der Frauen und Mädchen in Rheinland-Pfalz genau?
2. Welche Kenntnisse gibt es über deren Erfahrungen auf der Flucht?
3. Worin genau sieht die Landesregierung den besonderen Schutz- und

Unterstützungsbedarf bei Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Behandlung, Beratung und Betreuung?

4. Ist das Angebot im Land ausreichend?
5. Inwieweit hält die Landesregierung eine spezifische psychosoziale Betreuung von Frauen aufgrund geschlechtsspezifischer Fluchtursachen für notwendig?

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise ist unsere Anfrage aktueller denn je. Der Deutsche Frauenrat hat mit Bundeskanzlerin Merkel vergangene Woche über die schwierige Lage von Flüchtlingsfrauen gesprochen und gefordert, dass **deutsche Flüchtlingspolitik der Gleichstellung verpflichtet sein muss**. Diesem Grundsatz schließt sich die CDU-Fraktion an.

Gleichberechtigung und Schutz vor Gewalt

Deutschland ist ein Rechtsstaat, in dem Gleichberechtigung und Schutz vor Gewalt für jede Frau gelten. Frauen und Mädchen auf der Flucht, im Asylverfahren und nach ihrer Anerkennung brauchen deshalb eine angemessene Betreuung und Begleitung. Sie müssen in unserem Land sicher leben können. In den Unterkünften muss von Anfang an Klarheit darüber hergestellt werden, dass **Gewalt, Vergewaltigung in der Ehe und**

sexuelle Übergriffe gegenüber Frauen und Mädchen Straftaten sind und verfolgt werden.

Sprachschulung für Mütter

Integration beginnt mit der Sprache. Der Deutsche Frauenrat weist zu Recht darauf hin, dass besonders für Mütter ein **Mindestsprachvermögen** unerlässlich ist, da sie im Wesentlichen für die Bildungschancen ihrer Kinder verantwortlich sind und auch mit

Schule und Kita kommunizieren müssen. **Sprachschulung sollte deshalb nach der Erstaufnahme** beginnen, für Mütter mit Kleinkindern auch gleich in den Unterkünften.

Ein großes Problem: Viele Frauen verfügen aufgrund geschlechtsspezifischer Benachteiligung über allenfalls geringe Bildungsqualifikationen. Hier sind **angepasste Konzepte der Erwachsenenbildung** dringend notwendig.